

Volksrecht

für Schlesien

Einzelgenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.00 RM, auswärts 2.— RM. Einzelgen pro Text 4.50 RM, auswärts 5.— RM. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenvermittlung, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 0.70 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.30 RM, das letzte Wort 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und im der Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graunacherstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Hauptvertrieb: Reichelt, Katharinenstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis 4.20 RM, monatlich 18.— RM, vierteljährlich 51.— RM.

Offene Krise in Genua.

Ein deutsch-russischer Vertrag in Genoa abgeschlossen!

(Von unsem Sonderberichterstatter in Genua.)

Das Osterfest brachte Entscheidungen, die für den Fortgang der Konferenz vielleicht von weitgehender Bedeutung sind. Während sich die Auseinandersetzungen zwischen der Entente und Russland noch in einem schwebenden Stadium befinden, hat Deutschland mit Russland einen Wirtschaftsvertrag unterzeichnet, der in seinen Kernpunkten eine wechselseitige Verzichtleistung auf die Vorkriegs- und Nachkriegsschulden einschließlich der Entschädigung von Reichsdeutschen gehörenden sozialisierten Betrieben und ein begrenztes Meistbegünstigungsrecht für die Zukunft zum Ausdruck bringt. Es wird ein zweiter Rapallovertrag sein, unterzeichnet von Rathenau und Tischbirekin. Mit der Unterzeichnung ist eine lange Verhandlungsreihe abgeschlossen, die bereits in Berlin begonnen, aus bestimmten Gründen jedoch erst in Genua zum Abschluss geführt wurde.

Die Frage ist jetzt: Welche Wirkung wird der Vertragsabschluss ausüben? Die Rechte irgend eines anderen Staates sind durch die Unterzeichnung keineswegs verletzt, wie Deutschland sich auch nicht in die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten Russlands einmischt, sondern strengste Neutralität wahrte. Da ein Wirtschaftsvertrag mit Russland als Notwendigkeit nicht nur von der deutschen Arbeiterklasse, sondern in letzter Zeit gerade von der deutschen Industrie lebhaft gewünscht wurde, kann man unter den vorstehenden Umständen für Deutschland eine allgemeine Zustimmung erwarten. Das um so mehr, als sich die Zugeständnisse an Russland neben den Konzessionen des anderen Teiles wohl sehen lassen können. Und die Wirkung auf das Ausland? Schon wird die Frage aufgeworfen: War dieser Vertrag gerade im jetzigen Stadium notwendig? Wären die Ergebnisse die gleichen gewesen, wenn der Vertrag nach dem Zustandekommen eines Vertrages zwischen Russland und der Entente ausgefertigt und unterzeichnet worden wäre? Da die Zusammenhänge hinter den Kulissen spielen und die Regierung in Genua zu schnellem Handeln veranlaßt war, ist auf diese Frage schwer zu antworten. Kein geschäftsmäßig möchte wir zwar denen Recht geben, die glauben, daß auch später das gleiche Ergebnis zustande gekommen und für die Gegenwart außenpolitische Komplikationen zu vermeiden gewesen wären. Aber Gefühle können in dieser Situation nicht maßgebend sein, und wir müssen vorläufig den Regierungsvertretern in Genua das Vertrauen schenken, daß sie richtig und im Interesse Deutschlands gehandelt haben, selbst auf die Gefahr hin, daß man in Frankreich diese Gelegenheit zu einer neuen Presselampagne benutzte. Das wird erwartet, daß der Vertragsabschluss erfolge, als die Beratungen innerhalb der Entente über das russische Problem vor einem vorläufigen Abschluß standen und man von französischer Seite in dem deutschen Schritt ein Vereitelungsmanöver sieht. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß Deutschland einen Vertrag schloß, ohne die allgemeinen Interessen der Konferenz zu schädigen, ohne für sich irgendwelche Sonderrechte zu beanspruchen. Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag wird gemißtrauen des offiziellen Friedensdokument zwischen Deutschland und Russland, dessen Inhalt die Ententeaten schon den Vertragstheoretikern überlassen müssen. Wir würden wünschen, daß diesem Dokument bald auch ein Vertrag zwischen Russland und der Entente folgen würde.

Der Vertrag, der zwischen Deutschland und Russland abgeschlossen worden ist, besagt folgendes: Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland auf folgender Grundlage geregelt wird:

Das Deutsche Reich und die russisch-sozialistische Republik verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgeschehnissen durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teils durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe der anderen Teile verursacht wurden.

Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

Deutschland und Russland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgeschehnisse. Ebensfalls verzichtet die deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die russische Regierung verzichtet ihrerseits auf die Erstattung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesem nach Deutschland gedachten Heeresguts.

Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der sozialistischen föderativen Republik auf den russischen Reichsbürgern und ihre Angehörigen sowie auf Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Russland sowie aus den von der russischen sozialistischen föderativen Republik oder ihren Organen gegen Reichsbürgern oder Privatpersonen getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung Russlands auch ähnliche Ansprüche diplomatischer Staaten nicht befriedigt.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt. Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teils im Gebiet des anderen Teils und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels-

und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Leistungen, die die russische sozialistische föderalistische Republik einer Sowjetrepublik oder einem solchen Staat gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war.

Zum Schluß des Vertrages heißt es, daß ein Teil des Vertrages sofort in Kraft tritt, der andere Teil erst, so bald die Ratifikation durch die Regierungen erfolgt ist.

Allgemeine Entrüstung über den deutsch-russischen Vertrag!

(Bekter telegraphischer Bericht unseres Vertreters in Genua.) Die Situation ist kritisch. Die Bekanntgabe des deutsch-russischen Vertrags hat, wie man annehmen mußte, eine starke Empörung innerhalb der Entente hervorgebracht. Noch in den gestrigen Abendstunden traten die einladenden Mächte zusammen, um über die Situation zu beraten. Um 12.30 Uhr verläutete als Ergebnis: „Sämtliche Arbeiten der Konferenz werden ausgesetzt, bis der Zwischenfall geklärt ist.“

Wir wollen gegenwärtig nicht unteruchen, ob eine Konferenz der Gleichberechtigten von einem Teil der Konferenzteilnehmer ohne Auftrag gewissermaßen verlagert werden kann. Deutschland hat keinen Anlaß, unmaßgebliche Schärfe herbeizuführen, sondern wird im Gegenteil bemüht sein, zur Beilegung des sogenannten Zwischenfalls sein Möglichstes zu tun. Keine Macht ist rechtlich in der Lage, die Reichsregierung an dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zu hindern. Deutschland hat in Genua doch nur von einem Recht Gebrauch gemacht, das ihm weder auf Grund des Versailler Vertrages, noch sonst eines Dokumentes verwehrt werden kann. Der Inhalt sämtlicher Communiqués der Entente, die auf den deutsch-russischen Vertrag Bezug nehmen, erweckt übrigens auch den Eindruck, daß man Deutschland dieses Recht nicht freitig machen will. Der sogenannte Zwischenfall wird aus angeblich formalen Verletzungen konstruiert. Sie werden darin gesucht, daß unsere Delegation versäumt, die Entente in Genua von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen, sich im übrigen aber erlaubte, einen Sondervertrag zu schließen, wo das Problem Russland die Konferenz allgemein bejahen sollte. Die Entente hat die Konferenz allgemein bejahen sollte, die eine ganze Woche mit den Russen verhandelte, ohne die deutschen Delegierten hinzuziehen oder sie auch nur im geringsten zu unterrichten. Auch von den Entente-Delegierten sollte man annehmen, daß sie von dem Interesse Deutschlands bei der russischen Frage nicht ununterrichtet wären. Was Deutschland also zum Teil zum Vorwurf gemacht wird, daß man der deutschen Delegation tagelang zugemutet, ohne daß sich diese hierüber äußern hätte. Trotzdem aber bleibt die Frage bestehen, ob die deutsche Delegation nicht dennoch auf Grund der außenpolitischen Gesamtlage bei dem Vertragsabschluss hätte mehr Rücksicht nehmen können, ohne deutsche Interessen zu schädigen. Natürlich ist das eine sehr heikle Frage, deren Beantwortung erst möglich ist, sobald die Regierungen ihren Eifer eingehend dargelegt hat.

Welche Lösung die Situation erfahren wird, ist unbestimmt. Eine allgemeine Auflösung der Konferenz erwartet man vorläufig nicht. In Kreisen der deutschen Delegation vermag man kaum zu glauben, daß die Entente die Verantwortung für einen endgültigen Abbruch der Beratungen übernehmen. Die allgemeinen Aeußerungen der maßgebenden französischen und englischen Delegationsmitglieder über den Vertrag rechtfertigen diese Auffassung. Sichtlich wird der heutige Tag doch eine ziemlich bestimmte Entscheidung bringen. Die deutsche Delegation wird noch heute Fühlung nehmen. Was uns natürl ist weitgehend die Zurückhaltung der Deffektivität, insbesondere in der Heimat. Der sogenannte Zwischenfall kann nur in seinem Geburtsort beigelegt werden. Das sollte man in Deutschland trotz aller parteipolitischen Gegenläufe nicht vergessen.

Der französische Justizminister Barthelemy äußerte sich über den deutsch-russischen Vertrag u. a. wie folgt: Auf jeden Fall scheint das deutsch-russische Abkommen in Europa eine Neugruppierung der Interessen zu sein und durch die Art und Vorbereitung des Vertrages ist auch ein neues Leistungsprinzip geschaffen worden. Das Abkommen ist ein politisches Randwerk mit dem Zweck, die allgemeine Anordnung zu stärken. Die Völker Europas sehen wieder einmal bei dieser Gelegenheit, was von der Legalität der Deutschen zu halten ist. Frankreich wird auf keinen Fall seine Rechtsfähigkeit verlieren und wird seine bisherige Haltung nicht ändern. Es wird von den Russen die grundsätzliche Anerkennung der Schulden und die Wiedergutmachung der beschlagnahmten Güter verlangen, ohne die es weder eine öffentliche noch eine private Moral gibt. Ohne diese Bedingungen wird mit den Russen nicht verhandelt werden. Wenn schließlich die Konferenz von Genua dazu dienen soll, daß die Nationen sich gegenseitig vor den Schäden der anderen schützen müssen, dann kann man schon von vornherein versichern, daß eine solche Haltung ein ernsthaftes Hindernis sein wird für die Wiederherstellung der Eintracht und des Friedens.

Frankreich und die Entwaffnungsfrage.

Eine Havasnote, die vorgestern Abend ausgegeben wurde, bestätigt, was der „Temps“ über die Stellungnahme der französischen Regierung mitgeteilt hat, falls die Entwaffnungsfrage in Genua aufgeworfen wird. Die Note sagt, der Kabinettsrat hat einstimmig die Entscheidung aufrechterhalten, die er früher getroffen habe. Wenn demnach die Entwaffnungsfrage in Genua zur Sprache komme, würde Frankreich die Überweisung derselben an den Völkerbund verlangen, der seit einigen Tagen mit der Frage beschäftigt ist.

Werde dem nicht Folge gegeben, so werde die französische Delegation nicht an einer Debatte teilnehmen, deren Gegenstand vom Programm der Konferenz ausgeschlossen sei. Die französische Delegation sei dagegen bereit, an allen Ausprägungen finanzieller und wirtschaftlicher Art, die auf der Tagesordnung der Konferenz ständen, sich mit Vorschlägen zu beteiligen.

Gleiwitz.

Der französische Kriegsminister gab die Namen der Opfer der Katastrophe in Gleiwitz bekannt. 7 Soldaten wurden getötet, 3 werden vermißt, 10 wurden verletzt.

Ueber die von der Interalliierten Kommission in Gleiwitz geführte Untersuchung wird der „Oppeiner Wochenzeitung amtlich mitgeteilt: Die von den interalliierten Behörden geführte Untersuchung hat zur Feststellung der Umstände geführt, unter welchen die Explosion stattfand, die am 9. April in Gleiwitz einem Beamten und zehn französischen Soldaten sowie einem Bohrermeister der königlichen Hütte das Leben kostete und durch welche zehn andere französische Soldaten verwundet wurden. Da man ein Waffen- und Munitionslager, das dem Gleiwitzer Selbstschutz gehörte und das in der Gruft der Friedhofskapelle der königlichen Hütte untergebracht war, entdeckt hatte, wurde eine Durchsuchung ausgesetzt. Das Kartuschenlager der Waffen dauerte bereits eine Stunde, als die Explosion erfolgte. Die an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung durch Sachverständige hat erwiesen, daß die Katastrophe durch die Entzündung einer Ladung Explosionskörper herbeigeführt wurde. Die Entzündung wurde durch ein Zündhütchen bewirkt, das automatisch funktionieren mußte, wenn Handgranatenfäden, die sich in der Gruft befanden, gezogen oder verwickelt wurden. Infolgedessen mußte jede Person, die das Vorhandensein des Zündhütchens nicht kannte, notwendigerweise den Tod finden, wenn sie es versuchte, sich der Waffen zu bemächtigen. Das Geständnis eines der Angeklagten, die in die Petersburger Vorfälle verwickelt sind, habe diese Tatsache bestätigt. Die Schuldigen werden dem Gelebe gemäß abgeurteilt werden. Einer von diesen befindet sich bereits in Haft.

Rapp stellt sich.

Durch seine Leitblätter läßt Rapp folgendes Schreiben veröffentlichen, das er an das Reichsgericht gerichtet hat: Mein Anerbieten, mich unter Hinterlegung einer Kaution von 100.000 Mark freiwillig zu stellen, wenn mir sicheres Geleit und Verhörung mit der Untersuchungshaft gewährt werde, ist vom Reichsgericht, wie ich aus den Zeitungen entnehme, auch in der Beschwerdeinstanz abgelehnt worden.

Die gegen Jagow und Genossen ergangene Reichsgerichtsentscheidung vom 21. Dezember 1921 ist inzwischen in einer abschließlichen Ausfertigung zu meiner Kenntnis gelangt. Sie hat in mir die Überzeugung nur befestigt, daß die Rechtsgrundlagen, die sich die Entscheidung zu eigen gemacht hat, zu einem Fehlurteil geführt haben. Durch eine ungünstigere Behandlung als sie allen anderen am März-Unternehmen 1920 Beteiligten bisher zugestanden worden ist, kann ich mich von der Erfüllung dessen, was ich als Gebot einer Pflicht erkannt habe, nicht abhalten lassen. Ich werde mich nunmehr dem Gericht bedingungslos zur Verfügung stellen.

Auch diese bedingungslose Selbststellung ändert, wie ich hiermit ausdrücklich erkläre, nicht das geringste an meinem grundsätzlichen Standpunkt, daß ich einer Regierung Ebert wegen der März-Ereignisse 1920 keinerlei Rechenschaft schuldig bin usw. (Folgen Schimpfereien. Red.)

Die Volksfeinde rufen das Volk!

Dresden, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei Sachsens haben bei der sächsischen Regierung den Antrag auf Verbeiführung eines Volksentscheides für die Auflösung des Landtages offiziell gestellt.

Sozialdemokratie und Neugliederung.

Der Kritiker Erhard Auers in der „Volksrecht“ findet besonders lebhaft Zustimmung in unserem Hamburger Parteiblatt. Das „Hamb. Echo“ schreibt u. a.:

„Es muß, bevor die von den jetzt in Preußen regierenden Parteigenossen betriebene Politik weitere Folgen zeitigt, mit aller Entschiedenheit auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht werden. Wenn Preußens heutige Regierung glaubt, sich Sympathien dadurch zu erwerben, daß es die größenteils durch gewalttätige Eroberung zusammengeführten Provinzen dauernd unter den Zwang eines zentralistischen Verwaltungsapparates halten will, so irrt sie sich. Sie wird damit keine moralischen Eroberungen machen. Sie wird nur erreichen, daß sich eine antipreußische Liga bildet, die nicht nur Bayern und das übrige Süddeutschland, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, die Hansestädte und die übrigen norddeutschen Kleinstaatzen umfassen, sondern auch in den preußischen Provinzen von heute immer mehr Anhänger gewinnen würde. Diese Gefahr, der im gesamtdeutschen Interesse nicht früh genug entgegengetreten werden kann, läßt sich nur dadurch bannen, daß Preußen seinen partikularen Geist aufgibt, der der größte und darum der schmerzhafteste aller deutschen Partikularen ist. Nur wenn Preußen aufhört, der Obermund aller anderen deutschen Länder zu sein, nur wenn es die organische Zusammenfassung der vielen Kleinstaatzen, die ein Erbteil deutscher Größe sind, in größere lebensfähige Organismen nicht mehr durch starrköpfige Verteidigung seines Besitztums hindert, wird es seine Mission in Deutschland auch für die Zukunft noch erfüllen können. Dies aber sollten, meinen wir, gerade die Sozialdemokraten in der heutigen preußischen Regierung nicht verkennen.“

Die Gewerkschaftsinternationale in Genua.

(Sonderbericht von unserem Vertreter in Genua.)

Nicht neben der offiziellen Konferenz der Regierungen Europas tagt zurzeit in Genua die Konferenz der Arbeitergewerkschaften. Auch ihr Ziel ist dem Wiederaufbau Europas! So sehr das Ziel der offiziellen Konferenz auch übereinstimmen mag — die Wege sind verschieden! Gerade deshalb haben die Arbeitergewerkschaften die Gelegenheit in Genua benützt, um an Ort und Stelle den offiziellen Regierungsvertretern persönlich zu sagen, daß über kapitalistischen Interessen das Wohl der Allgemeinheit stehen muß und endlich der Politik der Klasse ein Ende zu machen ist. Das vorläufige Verlangen der Gewerkschaften geht kurz dahin: Schaffung internationaler Kontrolle der Rohstoffverteilung. Vertreter von 13 Ländern und vier Berufskategorien (Bauarbeiter, Eisenarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter) sind erschienen, diesen Forderungen Ausdruck zu geben. 24 Millionen Arbeiter stehen hinter der Konferenz und deren Beschlüssen! Sechs Konferenzteilnehmer gehören als Sachverständige Regierungsdelegationen an.

Die große Anteilnahme der internationalen Arbeiterschaft an dem Wiederaufbau Europas geht besonders aus den zahlreichen der Konferenz vorgelegten Denkschriften hervor. Außer einer von Frankreich vorgelegten und im Auftrag der Internationalen Gewerkschaftsbundes überreichten Schrift wurden u. a. eine umfangreiche in vier Sprachen gedruckte Denkschrift des I.O.G.W. und Vorschläge des italienischen Gewerkschaftsbundes übergeben, die in ihrer Grundtendenz, obwohl von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, voll übereinstimmen: Lösung der Wirtschaftskrise durch eine internationale, die Zusammenarbeit aller Völker organisierende Aktion.

Die eigentliche Sitzung wurde nach Konstituierung am Sonnabend vormittag von Pichon als Vorsitzenden eröffnet. Eine lange Rede, so erklärte Pichon, ist unzumutbar; die heutige Anarchie liegt klar zutage. Die offizielle Regierungskonferenz kann nur die Absicht haben, die Macht des Kapitalismus zu stärken. Diese Konferenz ist einberufen, um demgegenüber den Grundriss der Arbeiterklasse klar zu legen. Der dann von Pichon geleitete Vortag, die drei vorliegenden Hauptentwürfe zu einer einheitlichen Resolution zusammenzufassen und dann dem Vorkomitee der Regierungskonferenz und der dritten Kommission (Wirtschaftskommission) mit aller möglichen Begründung zu überreichen, wurde angenommen.

In der hierauf einsetzenden Mittagspause erfolgte ein Empfang der ausländischen Delegierten durch die Gewerkschaften. Der Vorsitzende begrüßte die Gäste; Pichon erläuterte im Auftrag der Konferenz, nach Erledigung der Begrüßungsformalitäten verlangten die Gäste durch anhaltende Ruhe auch einen deutschen Gewerkschaftsvertreter zu hören. Gegen seine Absicht sprach dann Leipart, förmlich begrüßt. Er erklärte nochmals herzlich Dank für die Gastfreundschaft und gab Kenntnis von den großen Hoffnungen, die die deutsche Arbeiterschaft sowohl auf die offizielle wie auf die Gewerkschaftskonferenz gesetzt hat. Unter anhaltenden Beifallstundgebungen verließ Leipart die Rednertribüne.

In der Nachmittagssitzung eröffnete Leipart die Generaldebatte mit einer ausgezeichneten, allgemein anerkannten Rede. Der deutsche Gewerkschaftsführer sprach die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen der Ententepolitik zu, die er gleichzeitig eine Nachpolitik nannte. In Italien fehlten mildernde Umstände, die in Frankreich gegeben sind. In Italien fehlte die Möglichkeit, die Arbeiter zu versetzen, wie überhaupt der Weltkrieg des Volkes, Luxus treibe. Trotz aller Lohnverhöhungen, trotz aller politischen Erfolge und der starken Gewerkschaften habe sich die Lage für die deutschen Arbeiter durch die Geldentwertung außerordentlich verschlechtert. Während der deutsche Arbeiter 1914 für ein Paar Stielchen Bier und für einen Anger 60 Stunden arbeitete, seien heute 34 bzw. 200 Arbeitsstunden notwendig. Die Währungsfrage, die in Deutschland alles voll beschleunigt werde, widerspreche dem Weltmarkt, in die er u. a. den Rohstoffmangel, den Mangel an Rohstoffen und die schlechte Absatzmöglichkeit im Inlande einbezog. Deutschland sei heute auf den Export angewiesen, der um 100 Millionen hinter dem Import zurückbleibe. Schon bei 200 Millionen Export befürchte die Entente die deutsche Konkurrenz; dennoch verlange die Entente Sachleistungen von 120 Millionen im Monat. In Hand fertiger Materialien erbringt Leipart u. a. nach den Nachweis, daß unsere Ausfuhr von heute zu 1913 in keinem Verhältnis steht. Immerhin aber werde die Ausfuhr unter Mitwirkung der Gewerkschaften, die u. a. auch stets für hohe Ausfuhrleistungen eingetreten seien, um Schlenkerkonkurrenz zu verhindern und die Arbeiter anderer Länder nicht größerer Arbeitslosigkeit auszuweisen, kontrolliert. Heute stehe die deutsche Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die Erhöhung der Arbeitszeit. Der Dollar reguliere unsere Inlandspreise. Bis Ende Februar dieses Jahres habe Deutschland 12 Millionen Goldmark an die Entente gezahlt. Diese Summe bedeute die Arbeit eines ganzen Jahres von rund einer Million deutscher Arbeiter — ohne Gegenleistung. Nur durch Zusammenarbeit aller Völker könnten die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden. Leipart nimmt dann die Vorschläge der

deutschen Gewerkschaften zur Kenntnis, die in ihrer Zusammenfassung folgendes belegen:

„Die Ursache der wirtschaftlichen Störungen und der unerbörten großen Arbeitslosigkeit ist der Mangel an Kaufkraft. Folglich müssen alle Hilfsmittel bereitgestellt, planmäßig und wirtschaftlich verteilt werden, um jedem Menschen dieser Erde, der arbeitsfähig ist, die Möglichkeit zu verschaffen, mit Hilfe von Werkzeugen, Kraftquellen, Rohstoffen und Transportmitteln Güter zu erzeugen und zum Markt zu bringen, die er als Kaufkraft zum Tausch gegen andere Güter verwenden kann. Produktive Wirtschaftshilfe muß der leidenden Menschheit geboten werden. Nur durch die Solidarität aller Nationen ist dieses Ziel erreichbar. Das aufgeschichtete Gold und die aufgeschichteten Waren müssen in Bewegung gesetzt werden, so daß allen Mitwirkenden aus diesem Umlauf von Kaufmitteln und Waren wirklicher Nutzen erwächst und kein neuer einseitiger Reichtum entsteht. Der Reichtum der Menschheit darf nur ihre produktive Kraft sein.“

Anschließend sprach der englische Vertreter Ben Tillet, der die Ausführungen Leiparts begrüßte, die Forderungen an Deutschland als Nachahmer bezeichne und das Verlangen aufstellte, alle Entschädigungen zu streichen. — Wegen der fortgeschrittenen Zeit trat dann Vertagung auf Sonntag ein.

In der Sonntagsitzung sprach u. a. als dänischer Gewerkschaftsvertreter Stauring. Auch er erklärte sein Einverständnis mit den Ausführungen Leiparts, machte die Feststellung, daß die kleinen Länder am meisten unter den Folgen des Friedensvertrages leiden und forderte einen Beschluß auf Änderung der Verträge. Dones (Österreich) bezeichne als Folge des Vertrages von Saint-Germain eine Erpressungsmaschine Österreichs. Österreich habe keine Kohle, keine Rohstoffe, überhaupt keine Erzeugungsmöglichkeit. Deshalb müsse der Beschluß an seine Nachahmung geknüpft werden. Die alte Kartellgemeinschaft mit Deutschland weise hierzu den Weg. — Zum Schluß forderte Dones eine entsprechende klare Formulierung in der Entschädigung, die eine Revision der Friedensverträge zum Ausdruck bringt.

Hierauf wird eine Kommission zur Vorbereitung einer Entschädigung, bestehend aus einem Vertreter Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens und Schwedens, eingesetzt. Am Montag wird über die endgültige Formulierung beraten werden.

Die deutsche Genua-Denkschrift über „Transportfragen“

die der Kommission für Verkehr usw. vorgelegt werden wird, bezieht in ihren wesentlichen Teilen folgendes:

1. Der Wiederaufbau des Wirtschaftslbens auf dem europäischen Kontinent ist abhängig vom Wiederaufbau des Verkehrswezens. Im Vordergrund steht der Eisenbahnerverkehr.

2. Der Wiederaufbau des Eisenbahnverkehrs ist eine internationale Angelegenheit. Es erscheint nützlich, daß die internationalen Eisenbahngesellschaften aller den internationalen Verkehr betreffenden Angelegenheiten sich mehr als bisher einander anpassen, so insbesondere hinsichtlich der Einheitsführung, der Abrechnung, der technischen Grundzüge über den Bau und die Ausnutzung der Strecken, namentlich der Bauart und Ausnutzung der elektrischen Betriebsweise, der Bauart und Ausnutzung der Güterzüge, der Vorschriften für den Betrieb und der Rechenregeln und Vorschriften für den Betrieb, des Tarifwesens, der Ausnutzung von Transportprogrammen, der Vermehrung unwirtschaftlicher Betriebe, des Eisenbahnbauwesens und endlich der wechselseitigen Beziehungen der Eisenbahngesellschaften.

3. Im Interesse einer raschen und kostkräftigen Durchführung dieses Gegenstandes erscheint es zweckmäßig, daß diese Anpassung nicht nur auf dem bisher bevorzugten Wege der Verhandlungen zwischen einzelnen Verwaltungen und Ländern und jeweils für einzelne der in Betracht kommenden Stoffe versucht wird; vielmehr empfiehlt es sich, hierzu eine dauernde Vereinigung zu schaffen. Diese Organe können für alle in Betracht kommenden Stoffe gegenüber allen in Betracht kommenden Bahngesellschaften auf Antrag der Beteiligten wie aus eigenem Antrieb ansetzend und vermittelnd einzutreten.

4. Die Durchführung der von dem Organ dieser Vereinigung gegebenen Anregungen wird in vielen Fällen abhängig sein von dem Vorhandensein von Geldmitteln, deren Beschaffung den einzelnen Verwaltungen in nächster Zeit schwer fallen kann. Der Vereinigung wäre daher zweckmäßigerweise die Aufgabe zu stellen, Geldmittel für die Durchführung solcher Anregungen zu beschaffen.

5. Die Zuführung der Mittel im Wege der Inanspruchnahme privater Kredite könnte dadurch ermöglicht werden, daß die Vergütung und Tilgung der Zinsen sichergestellt würde durch Abgaben, die die Verwaltungen im Verhältnis ihrer Beteiligung an den Krediten zugunsten der Gemeinschaft auf die in ihrem Gebiet auszuführenden Leistungen des Personen- und Güterverkehrs zu entrichten hätten.

6. Die Ausdehnung des Geschäftsbereichs der Vereinigung auf andere Verkehrsarten, so insbesondere auf die Frage der Binnenschifffahrt und ihres Verkehrs wird sich empfehlen.

Diese Vorschläge ist eine längere Begründung beigegeben, in der es u. a. heißt, daß die finanzielle und technische Herunterentwicklung der Eisenbahnen eine internationale Erscheinung sei, die Anwendung der bereits vor dem Kriege zwischen einer Anzahl von Eisenbahngesellschaften geltenden Verträge auf die Gesamtheit der mittel- und osteuropäischen Eisenbahnen

unbedingt erforderlich ist und die Aufstellung von Transportprogrammen, wie die Ausbisse von Material notwendig erscheinen. Eine Vereinfachung des Zollwesens wird gleichfalls empfohlen.

Sozialdemokratischer Lehrertag.

Am Sonnabend trat in Hamburg der Sozialdemokratische Lehrertag zusammen. Aus allen Teilen des Reiches waren circa 120 Delegierte erschienen. Neben ihnen hatte sich eine große Zahl von Gästen eingefunden, unter denen man Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz und den Berliner Oberstadtschulrat Genosse Paulsen sah. Die proletarische Jugend Hamburgs verbrachte den Eröffnungabend durch Darbietungen ihrer proletarischen Kunst. Im Namen des Senats und der Freien Stadt Hamburg begrüßte Schulsenator Genosse K r a u s e die Tagung und entwarf ein Bild von der Schulpolitik und kulturellen Tätigkeit, die mit besonderem Erfolg in Hamburg von der Sozialdemokratie, im Verein mit der Lehrerschaft seit Jahrzehnten entfaltet worden ist. Im Namen der hamburgischen Lehrer sprach Genosse L e u e r i k.

Der Hauptauschuss der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer Deutschlands trat bereits am Sonnabend zu seinen ersten Verhandlungen zusammen. In der Hauptsache galt es der Aufstellung dreier Entschuldigungen zur Frage der Ausbildung, der freien Schule und der Lehrerbildung.

Am Ostermontag begannen die eigentlichen Verhandlungen des Plenums. Heinrich Schulz eröffnete die Tagung mit einer Würdigung der Lehrerbewegung seit der Revolution und mit der Überwindung der Griffe des Parteienstandes. Genosse R o h, Präsident der Hamburger Lehrerschaft, begrüßte die Versammlung im Namen der hamburgischen Parliamentsfraktion und der Landesorganisation der Partei. Die Landesregierungen Preußen, Sachsen, Württemberg und Baden haben für die Einleitung von Verhandlungen gesorgt, sind aber auf der Konferenz nicht vertreten. Die schweizerische Landesregierung hat den Regierungsrat Genossen T a l o b i des als braunschweigische Staatsministerium den Regierungsdirektor Genossen S t r ö b e l entsandt. Von der Berliner Mission des sowjetrussischen Volkskommissariats für Bildung sind drei Journalisten entsandt worden. Von der Reichstagsfraktion ist erschienen Genosse H e l m a n n, der zugleich die Griffe des Zentralbildungsausschusses der SPD. übertrug. Nach weiteren Begrüßungsworten der Vertreter verschiedener Fraktionen der Landesparlamente und eines Mitgliedes der Hamburger Elternkammer erstattet Stadtschulrat Genosse R ö s t e r - M t o n a sein Referat.

„Elternrecht und Schule.“

Das Elternrecht, das nach der Revolution zur Geltung kam, hat, wenn es zu weit gespannt ist, gewisse Gefahren. Nicht nur der Sozialismus, sondern auch die Kirche hat in manchen Gegenden einen großen Einfluss auf die Elternschaft. Andererseits führt das Selbstbestimmungsrecht in vielen Fällen dazu, daß die Schulpflicht von den Eltern oft in einseitiger Weise bestimmt wird. Daher ist der Uebergang mancher Rechte auf die Lehrerschaft und die Übernahme der Arbeit durch den Elternrat wünschenswert. So muß im sozialen Interesse auch das Selbstbestimmungsrecht über die fernere Laufbahn an den Lehrer übergeben werden. Wehnlich liegt es mit der Weltanschauung. Wenn zwischen Eltern und Lehrerschaft mit den Paragrafen gearbeitet wird, ist es genau so zu Ende, als wenn in der Ehe Mann und Frau mit dem Geschlechtsgenossen arbeiten. Vertrauen auf beiden Seiten ist notwendig.

Der Referent legt der Versammlung folgende Leitsätze vor: 1. Individualismus und Sozialismus sind Gegensätze, die auch im Recht an der Schule nicht selten zum Ausgleich kommen. 2. Das Recht der Eltern an der Schule findet eine Grenze am Recht des Kindes, am Recht der Gemeinschaft und am Recht des Lehrers.

3. Im Widerstreit des Eltern- und Kindesrechts steht das Recht des Kindes höher als das der Eltern.

4. Die Rechte der Gemeinschaft (heute repräsentiert durch den Staat) bedingen bei der heutigen Schule eine Verminderung der Elternrechte, die am besten ausgeglichen wird durch die tätige Hilfe der Eltern an der Arbeit der Schule.

5. In der Mitarbeit der Eltern liegt keine Einschränkung, sondern eine Ergänzung der Arbeit des Lehrers.

Anstelle der verhinderten Genossin Wegscheider spricht Genossin E l i a b e t h S c h ä f e r zu demselben Thema. Sie bedauerte, daß die Elternbeiträge ebensowenig wie das Frauenwahlrecht die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllt habe und fordert, daß die Eltern-Mitarbeit nicht wie ein Fremdes der Schule aufgeschwemmt wird. Ihre Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

„Die Schulgemeinschaft muß zur lebendigen Zelle der neuen Gesellschaft werden. Daher erheben wir die Forderung: Daß die Eltern nicht nur durch die politische Vertretung in Gemeinde und Staat, sondern auch als Freunde ihrer Kinder persönlich Mitarbeiter an der Schularbeit werden. Sie haben solche Mitarbeiter zu leisten:

1. als Mitlebende, Mitlebende und Mitlebende im Gemeinschaftsleben der Schule,
2. als organisierte Elternschaft die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft.

Eie werden das nur leisten können, wenn sie sich völlig von den patriarchalischen Vorstellungen einer äußerlichen Elternautorität befreien und mit Ernst und Eifer in Gemeinschaft mit der Lehrerschaft das Wesen eines kindesgemäßen Gemeinschaftslebens erkennen und fördern helfen.“

Das neue Karthago.

Von Georges Celandon.

55] Auch Duponts erkannte seinen früheren Feind. So vor ihm an den Schandpfahl gedrückt zu werden! Das war der Gedanke, der die äußerste Schmach! Eine solche übermäßige Demütigung hatte er aber doch nicht verdient! Er sagte alles, was er noch an Energie, an Willen, an Lebenskraft besaß, zusammen, um dem Triumphtor einen Stuß zu versetzen, der einen juchenden Groll, losgerissen eine rauhe Bemerkung ausdrücken sollte. Eine Rede muß solche Worte auf den Gehörgang eines Dummels werfen, der sie erbricht. Bejard rührte sich nicht unter diesem nachgeratenen Fluchwort denn für ihn konnte nichts schmerzhafter sein. In dem Augenblicke, wo der Franzose einen letzten Satz erhalten hatte und mit der Schnellkraft einer Kugel an dem Hörschloß des Bejard vorbeiflog, machte dieser eine tiefe Verdünnung wie ein Koker, der einen hohen Schuß bis zur Tür befeuert. Duponts zollte wie ein beschädigter Ballon auf das Pfahler. Bejard sah, wie er sich erob, sah anwachte und sah dann an den Wauern dahinschieppende wie eine kriechende Schnecke.

Dann ging der große Mann mit langsamen, abgemessenen Schritten zur Tür hinein, die er zuschlugen ließ. Er kummerte sich nicht weiter um die elende Remise, die man hinausgeworfen, und er trat in den Tempel, in welchem die Menge ihn ehrerbietig entgegenkam, diese letzte Menge, die bereit war, ihn wie Duponts zu bejubeln, sobald das Glas ihn zerbrach.

Dritter Teil: Lorenz Paribae.

I. Das väterliche Erbe.

Lorenz war eben geschäftig geworden, und der Direktor der Fabrik ersuchte ihn in einem durchaus höflichen Schreiben, in seinem Büro vorzukommen. Paribae ließ keinen Vorwand und schickte, wie er ihm vor vier Jahren verstanden hatte, wenigstens vier bis Besuchen, keine Haltung und kein Aussehen betraf. Sein gleichgültiges, glattes Gesicht war jetzt so wenig gerunzelt, keine Furchen waren mehr geworden, und er sah die letzten Jahre nicht mehr so hoch als Schand. Das Gesicht des Lorenz war ein Spiegelbild der unglücklichen Schicksale, die er erlebt

hatte, lag ein Kästchen Banknoten mit einem Blatt Papier, auf dem eine Reihe Zahlen geschrieben war.

Der Fabrikant war noch immer bei der Arbeit, und er antwortete kaum auf den „Guten Tag“, den Lorenz ihm in einem schüchtern unterwürdig und möglichst herzlichen Tone wünschte.

„Bitte, legen Sie sich diese Ueberfahrt an und prüfen Sie die Zahlen! Es sind die Rechnungen der Vormundschaft: auf der einen Seite stehen die Einnahmen, auf der anderen die Kosten des Unterhalts und Ihrer Erziehung.“ Sie werden sehen, daß ich mich wenigstens als möglich gebildet habe. Ihr kleines Kapital anzuhäufen. Wenn Sie die Zahlen geprüft haben und sie richtig befinden, wollen Sie hier unterschreiben. Sie können eine Abschrift der Rechnung mit hereinnehmen.

Lorenz wollte die Feder ergreifen, um das Schriftstück ohne weiteres zu unterschreiben.

Dobouziez sagte ihm aber beim Arme: „Nein, das will ich nicht! Bitte, lesen Sie vorher.“

Lorenz las sich vor das Buch und schaute über die Ziffern, wie wenn er sie aufmerksam prüfte. Sein Vorwand drehte ihm den Rücken und schaute durchs Fenster, auf das er mit den Fingern spielte. „Der junge Mann wollte die Kleinere Prüfung nicht zu schnell unterzeichnen. Er wartete fünf Minuten und wagte dann zu bemerken: „Alles ist in Ordnung!“

Dann kehrte er sich, ohne Unterbrechung unter die mit so vieler Sorgfalt und Genauigkeit angefertigte Ueberfahrt zu legen. Dobouziez näherte sich dem Paribae, fuhr mit dem Stichel über das genehmigte Schriftstück und legte es in eine Schublade.

„Schon! Sie erhalten also 2999 Franken. Sehen Sie, ob das stimmt!“

„Herzlichling Lorenz an, die Banknoten und die Goldstücke in die Tasche zu stecken.“

„Zahlen Sie mich!“ rief Dobouziez ihm wieder an. Der junge Mann gehobte übermüdet, zählte das Geld sorgfältig, dann aber erklärte er sich, bevor er zu Ende war, und er ließ sich mit einer plötzlichen Bewegung die Banknoten und die Goldstücke zurück.

„Was ist es nicht richtig?“

„brauche es nicht. Ich werde es ausgeben, ich werde nichts davon behalten, denn ich verstehe nichts vom Geld. Sie aber sind der Mann, der mit ihm umzugehen und es zu gebrauchen weiß.“

Er fürchtete aber, der stolze Dobouziez würde es als eine Beleidigung auffassen, wenn man ihm dieses unbedeutende Kapital anbot, das Erbe des verstorbenen Paribae, der ja nur ein Kommis war.

Und doch, wie gern hätte der Sohn Paribae's die Ersparnisse des verstorbenen Kommis diesem Prinzipal von gestern, der nun heute auch ein Angestellter geworden war, geliehen oder sogar gegeben!

„Etwas schneller!“ hob Dobouziez in befehlendem Tone wieder an, nachdem er auf die Uhr geschaut.

So war denn Lorenz gezwungen, sein Geld in die Tasche zu stecken. Nur langsam wandte er sich nach der Tür, indem er sagte: „Gestatten Sie mir wenigstens, Ihnen zu danken und Sie zu fragen.“ Er stotterte das vor sich hin; er bereute seine früheren, unfreiwilligen Fehler, und er war ärgerlich darüber, daß er diesem weiten Manne eine solche Abneigung eingeflößt hatte.

„Schon gut, schon gut!“ erwiderte Dobouziez, indem er mit einem Zeichen und auf seinem Gesichte zu erkennen gab, was er sagen wollte: „Ich habe meine Pflicht getan und verlange keinen Dank!“

Alles stimmte. Das väterliche Erbe war tabellös verwaltet worden. Das Ergebnis hätte man im voraus berechnen können. Ah, er ahnte nicht, der kluge Dobouziez, in welcher sonderbaren Weise der Waisenknabe ihm bald keinen Dank bezugehen würde! Er verzog, der kluge Berechner, daß gewisse Probleme mehrere Lösungen finden können. Somit hätte er vielleicht den jungen Mann zurückgerufen, den er so kategorisch entließ, und hätte ihm vielleicht bemerkt: „Nun gut, unglückliches Kind, ich muß dein kleines Vermögen und glaube ich nicht, daß du uns zu Dank verpflichtet siehst, daß du der Schuldner eines und ihres Vater siehst, du der verdammnisvolle Nacher meiner Tochter.“

Lorenz ahnte in jenem Augenblicke auch nicht, was bereitet geliehen sollte, und daß wurde er bitter und traurig gestimmt. Bevor er zu der Fabrik hinauf, hatte er sich getraut, weil er nun sein eigenes Herz werden würde, da er ein mitleidiges Kapital, fast ein Vermögen erhalten sollte! Und jetzt, da er diese Banknoten und Goldstücke besaß, bemerkt er sie, wie wenn sie ihm nicht gehörten. Ein Dieb hätte um gestohlenen Geld nicht besorgter sein können.

(Fortsetzung folgt.)

Straßburg
Der Kampf ums Ganze
 Sensations-Schlager!
Eisenbahnkönig
 Die Bardame in Männerhosen
 Todesfahrt auf dem Drahtseil
 12 Akte

DK
 18 Akte in einem 3 großen Programm!
 Der Original-Wild-West-Amerikaner:
Am Marterpfahl der Rothhäute, 6 Akte
 Abenteuer eines Vielgesuchten
5 Minuten im elektr. Stuhl
 oder: „Der große Coup“, 6 Akte
 Außerdem: Die große Sittentragedie „Traulose Frauen“, 6 Akte.

PALAST Theater
 Dienstag bis Donnerstag:
 Die Tragödie einer Heilsarmeechwester
Der Kirchhofspuck um Mitternacht
 Fahrman des Todes von Selma Lagerlöf
 Schwedischer Kunstfilm in 6 Akten.
 Außerdem: Der Tänzerin-Roman
Das Geheimnis der schönen Beine
 oder: „Klatsch“, 6 Akte.

Vereinigte Theater in Breslau.
 Direktor: Paul Szary.
Robe-Theater. Tel. 6774. **Thalia-Theater.**
 Dienstag, 18. April, 7 1/2 Uhr:
 Bühnenwettbewerb 1881-2070.
 „Kabale und Liebe“.
 Mittwoch, 19. April, 7 1/2 Uhr:
 Kunstgenie Serie F:
 „Reisenmontag“.

Marburg - Lichtspiele
 Gräbschener Straße 93a.
 Nur bis Donnerstag:
 Das pikante Sittentbild
Großstadtmädel
 2. Teil.
 Jeder Teil in sich vollständig abgeschlossen.
 Ferner:
Evi Eva
 in:
 „Die Augen als Ankläger“
 Ein Sensations-Detektiv-Abenteuer.

Eden Theater
 Von Dienstag, den 18. April bis einschl. Montag, den 24. April:
Ein Spielplan, wie ihn Breslau noch nicht gesehen hat!
Unter Bestien
 Der größte italienische Sensationsfilm in 6 Akten.
Maciste und Harry Piel
 werden in den Schatten gestellt durch
Ursus,
 den italienisch. Herkules,
 der in diesem Film fast ans Unglaubliche grenzende Beweise seiner ungeheuren Kraft und seines ungewöhnlichen Mutes erbringt.
 Ganz Rom, ganz Berlin, ganz London, ganz New York stürmten die Kinos, um Ursus zuzujubeln.
 Ferner ein Lederbissen für die Chaplinfreunde:
Chaplin auf der Walze und der übrige Spielplan.
 Wegen des großen Andranges Besuch der Nachmittag-Vorstellungen dringend empfohlen.
 Am Sonntag, den 22. April: Große Kindervorstellung mit Charlie Chaplin u. a.

Stadt-Theater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
La Traviata.
 Mittwoch 7 Uhr: Bohemien.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 Die lustigen Weiber von Windsor
Schauspielhaus.
 Operellenbühne. Tel. Ring 2545.
 Dienstag nachm. 3 1/2 Uhr:
Das Hollandweibchen.
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 Der Tanz ins Glück...
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 Die Braut des Lucius.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
 Der liebe Augustin.

Sichtspielehaus
 Junkernstr. 38.
 Täglich ab 4 Uhr, heute 3. Feiertag ab 3 Uhr 1263
2 Erstaufführungen:
 1. **Wanda Treumann**
 in ihrer neuesten Sensationsrolle
 als **Matrosen-Olga**
 die Frau mit den 10 Masken
 4. Begegnung!
Das Haus der Verurufenen
 Sensations-Abenteurfilm in 6 Akten.
 2. **Der Banksplon**
 Detektiv-Film in 5 Akte
 mit **Oskar Marion** als
 Meisterdetektiv **Jolly Hart**

Liebig-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Sylvester Schätfer
 u. d. gr. April-Programm
Zeltgarten.
 Die täglich großen
Preis-Ringkämpfe.
 Heute Dienstag ringen:
 Sigada, Bentben,
 gegen
 Karsch, Schweidnitz,
 Gerigkoff, Magdeburg,
 gegen
 Erzewald, Rheinl.
 Großer Festschlingenkampf
 Pichler, Steiermark,
 gegen
 Jaago, Estland.
 Vor den Kämpfen
 der neue Spielplan.
 Anfang 7 1/2, Kämpfe 9 1/2.
Dominikaner!!!
 Täglich Punkt 7 1/2 Uhr:
 Die brillanten
Bischof-Sänger
 u. d. gr. April-Programm.
Beinkleider in eleganten
 Stoffen,
 Sammetstoffen,
 Spitzstoffen,
 eigene Anfertigung,
 daher sehr preiswert.
 O. Dehnen,
 Sternstr. 45.
Wichtig für Brautpaare!
 2 Stk. pol. Edelstein 2400
 2 Stk. pol. Edelstein 2300
 polierte Brillen 2300
 Granat 780, Rubin 600
 1288, feinst. Rubin 2400-4800
 M. Giesel, Brüderstr. 23.
Sei froh
Periodenhörung
 bei allen Frauen nur meine
 sicher wirkenden Mittel.
 Billigste Preise
 in Gummiwaren.
 Striptisearten, Spülmaschinen, Seife
 und Monatsbinden.
 Katalog gegen 2.- Sfr. 100
 Frau E. Zander,
 Rajewski 10879
 Breslau 9.
 Gelbfährstraße 28, 1. Stock
 an der Seitenstraße.
Ein
Donnerstag
 einschließlich
 verlängert!
Das Geheimnis in d. Gefängniszelle
 in dem Monumentalfilm
Erpreßt
 6 spannende Akte
 Ferner:
 Der gr. Original-Wild-West
Der Krieg auf der Ranch
 6 Akte
 1843 4 1/2 Uhr
 Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr!
Sensationserfolge in der „Baltische“ den größten Erfolg!

ZEPTER KINO
 Bis Donnerstag:
 Angelegt
 Gewalt gegen Recht
 Sensation! 6 Akte
 Außerdem:
 Sitten-
 drama
 6 Akte
 1262
Das Mädchen aus dem Jumpf

OK
 Taschenstr. 204
Ab Dienstag:
Das Geheimnis in d. Gefängniszelle
 in dem Monumentalfilm
Erpreßt
 6 spannende Akte
 Ferner:
 Der gr. Original-Wild-West
Der Krieg auf der Ranch
 6 Akte
 1843 4 1/2 Uhr
 Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr!
Sensationserfolge in der „Baltische“ den größten Erfolg!

Das Geheimnis der 4 Tage 6 Akte
Verwehte Spuren 6 Akte
 3. und 4. Teil
Die weiße Sklavin
 Gewaltiger Abenteurer-Sensationsfilm

Jupiter Lichtspiele
 Westendstraße 50/52
 Die heilige Geschichte - Monumental-Film
Christus
 Das Leben und Wirken des Heilands von der Geburt bis zur glorreichen Auferstehung.
 6 Akte.
 Täglich 3 Vorstellungen
 4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr, beginnend.
Inszeniert von dem berühmten Regisseur!
 Jugendliche haben zu allen Vorstellungen Zutritt, jedoch nur bei der ersten Vorführung, 4 Uhr, Erlaube Preisermäßigung.
 Kassenöffnung 1 Stunde vor Beginn.

Central-Ball-Saal
 über: „Deutscher Kronprinz“, Westendstr. 58/62
 heute, 1. Osterfesttag und Freitag:
Grosser Tanz
 Touren-Tanz. — Großes Orchester.
Theodor Stelle's Gesellschaftshaus
 Breslau 24, Gräbschener Straße 252/258.
Heute, 3. Osterfesttag:
Vornehmer Tanz
 1269
Bitte bei allen W. - Anlässen stets die Lieferanten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Staubpflöckchen in der Dimpfwin
 Jeder Drüsen...
Flechten
 1018
 Elegante Frühjahr-Anzüge
 noch sehr preiswert
 Wilh. Ed. Schubert
 43 Klosterstraße 43
Zu kaufen gel.
Grammophon-Platten.
 lauffähig 32cm, auch leicht zu
 gänzl. Wegh. M. Liedtke, G. 1018/3
Kinderwagen aller Art
 Untergeteilt, Plauen,
 Räder, Teile taugt stets 11.
 Wolke, Beifriedstraße 11.
Altmetalle
 taugt zu höchsten Preisen
 Jüngling, Gneisenaustr. 1.
Frauen
 1048
 Störungen
 nur an mich, Langjährige Er-
 fahrung, Günstige Erfolge d.
 n. Präparate, Ziele freizeilige
 Dank schreiben Frau D. J. J. J.
 Heute holte ich mir 3hr. Mittel
 und morgen trat der Erfolg ein.
 Preis 15, extra Post 30 30.
 Gummiballen, Spülmaschinen,
 Weigensmittel
 Katalog gegen Rückporto.
 Frau M. B. B. B. B. B. B. B.
 Günstig, 9, 55 1/2 Hauptstr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. April.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Montag, den 24. April finden 10 Abteilungs-Versammlungen statt.

In denselben wird 1. ein Vortrag über: „Das neue Parteiprogramm“ gehalten. 2. Besprechung der Mitglieder. Wir bitten alle Parteimitglieder, sich den Abend zur Versammlung freizuhalten.

Abteilungsleiter! Umgehende Angabe der Versammlungsorte für den 24. April dringend erforderlich.

Beamten-Vertrauensleute der Partei:

Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8: Sehr wichtige Sitzung. Alle Beamten-Vertrauensleute müssen erscheinen.

Freie Elternvereinsung, Mittwoch, den 19. April, abends 7 1/2 Uhr: Vorstandssitzung aller Mitglieder sämtlicher Abteilungen im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, 1. Etage.

Jungsozialisten, Dienstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, spricht Genosse Walter Ludwig über „Natur und Wandern“.

Zwei unangenehme Oftereier.

Die Breslauer Einwohnerschaft hatte es sich sicher in der Auferstehungszeit nicht träumen lassen, daß ihrer an dem so vorzeigenswerten Oftermorgen nach langem trübem Winter gleich zwei unangenehme Dinge auf einmal beschert werden würden, die ganz besonders hart die minderbemittelten Kreise treffen.

Die Frühlustreifer, die an den Linien der „Gräßlicher“ Gezirchen wohnen und mit dieser schneidenden aus dem Häusergewirr ins Freie wollen, ständen mit immer steigender Ungeheuer an den Halbfellen, bis ihnen die Zeit zu lang wurde oder ein „Eingeweiheter“ mittelste, daß die „Gräßlicher“ Straßenbahnen streifen. „So eine Gemeinheit!“ poltert der Reis schnell und ungerührt trielende und meint damit die Streckenden. Seine Meinung ändert sich aber fast immer sehr schnell, wenn er erfährt, daß die Kollegen vergeblich alle Mittel erschöpft haben, um ohne Streit zu einem Lohne zu kommen, der ihnen das dürftigste Leben gewährleistet. Die Straßenbahner der „Gräßlicher“ handeln bisher denen der „Städtischen“ gegenüber um 400 Mark bis 800 Mark im Monat zurück.

Die Direktion der „Gräßlicher“ war auch durch ein klugen Spruch des Breslauer Schlichtungsausschusses zu einer Mehrzahlung verpflichtet worden, lehnte das aber entschieden ab, und verharrt auch heute noch auf ihrem schuldhaften, hartnäckigen Standpunkt.

Nicht Übermut oder Arbeitslust der Straßenbahner also ist es, der uns dieses unangenehme Oftereier brachte, sondern ein verzeiweiliger Existenzkampf spielt sich hier für die Arbeiter ab.

Noch unangenehmer aber und wie ein Hohn auf die vorstehenden Zeiten — wirkt das Milchverzeigerungsei, wovon die kinderreichen Familien der arbeitenden Stände alle ausnahmslos getroffen werden.

Die abgähmten Mütter machten ganz verzweifelte Gesichter und schimpften teilweise in heftigen Worten über die endlose Preisbemerkung durch Milchhändler und -Produzenten. Wie Räuber in dunkler Nacht fallen diese über das Volk her, um in unerfülllicher Habgier nur ihre Taschen zu füllen. Zu füllen, trotzdem in Kürze eine gesteigerte Milchproduktion infolge des jetzt schnell wachsenden Grünfutters zu erwarten ist; zu füllen auch, trotzdem die Milch nicht mehr ganz abgeleht wird, obwohl kaum die Hälfte der Mengen nach Breslau hereinkommt, die vor dem Kriege gebraucht wurden zu füllen, ganz gleich, ob die infolge der für die arbeitende Bevölkerung unerschwinglichen Preise nicht abgeleht Milch verdickt oder nicht. Die tantum-übertreueren Milchverzeigerer hört das auch nicht, auch nicht die „notleidenden“ Großhändler, die alle fast ausnahmslos während der Trauer- und Todesjahre seit 1914 ihre Vermögen erwarben oder verlierten, deren einer anstatt einem Kinderkrüppelheim ein Theater errichtete, weil in Rittergütern der großen Nachfrage wegen kein Geld mehr unterzubringen ist.

Diese Interessenten bestimmen am gemeinsamen Verhandlungstisch terminmäßig die Milchpreiserhöhungen für längere Zeit voraus, ohne Markt- und Wetterlage abzuwarten. Sie handeln monopolmäßig, ohne ein Monopol zu haben.

Ihr Streben geht dahin, den Milchpreis auf die Höhe des zehnten Teiles des Preises für ein Pfund Butter zu bringen und das haben sie nun endlich erreicht, ja sogar schon überhöht.

Hieraus ergibt sich, daß die Verbraucher zu ihrem Teil wesentlich dazu beitragen können, die Preise für die Milch erträglich zu gestalten, wenn sie die Milchprodukte, die, wie beispielsweise die Butter, sehr oft von zweifelhafter Zusammensetzung sind, den Händlern und Erzeugern überlassen.

Daß die besseren Margarinearten, wie z. B. die Marke „Vorwärts“ des „Konsum- und Sparvereins Vorwärts“ minderwertiger als Butter seien, ist leider ein bisher noch weit verbreiteter Irrtum, denn ernährungswissenschaftlich ist seit Jahrzehnten festgestellt, daß die Margarine die gleichen Nährwerte enthält wie beste Butter, ganz abgesehen von der gesundheitlich völlig einwandfreien Margarinefabrikation im Gegensatz zu der zweifelhaften Butterbereitung in den verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben.

So hat Ostern 1922 nur den minderbemittelten Kreisen unserer Einwohnerschaft zwei unangenehme Oftereier beschert, denn die bestehenden Kreise mit ihren Kraftwagen, Karossen und bis zum Ueberfluß gefüllten Briefkästen werden weder vom Straßenbahnerstreik, noch von den erhöhten Milchpreisen berührt. Leider! —

Breslau als Millionenstadt.

In der Getreidemerkhalle am Christophorplatz sind gegenwärtig die Pläne für die Stadterweiterung von Breslau ausgestellt, die durch ein Preisausreiben gewonnen wurden. Für jeden lohnt es sich, eine Platz auszugeben, um sie zu beschäftigen, denn das geringe Eintrittsgeld wird nur erhoben, um nicht einen völlig unkontrollierten Verkehr zu haben. Ein Blick auf die verschiedenen Entwürfe lehrt, wie gut Magistrat und Stadterordnete mit ihrem Preisausreiben getan haben, statt die Aufstellung des Generalbauungsplanes dem städtischen Bauamt allein zu überlassen. Denn keiner der eingegangenen Entwürfe bietet für sich allein eine vollkommene Lösung. Ihre Stärke liegt auf verschiedenen Gebieten, einmal sind es die Verkehrsfragen, ein andermal die Fragen der Grünflächen, dann wieder die der Siedelungen, die in einer in die Augen springenden Weise gelöst sind. Mancher Entwurf, dem als Ganzes keine große Bedeutung zukommen kann, bietet doch treffliche Lösungen von Einzelfragen. So wird nun aus den verschiedenen Entwürfen das jeweils Beste herausgeholt, und zu einem Generalbauungsplan vereinigt werden. Der Plan soll die Entwicklung der Stadt etwa bis zum Jahre 1950 voraussehen, wo Breslau durch Zuwachs, Zuwanderung und Eingemeindung eine Million Einwohner haben wird. In erster Reihe stehen die Verkehrsfragen (Fern-

und Vorortverkehr, Straßenbahnen und Hauptverkehrsstraßen), dann die Fragen der Grünfläche und schließlich die der Industrie- und Wohnbau. Ein schweres Problem liegt in der Beseitigung des Reits, der sich mit der Freiburger- und der Märkischen Bahn weit in die Stadt schiebt und die Gräßlicher von der Nikolavorstadt trennt. Hier sind Bahnhofsverlegungen, und eine Verbindung des Freiburger mit dem Hauptbahnhof anzustreben. Während die Regelung des Straßenverkehrs vom Westen nach dem Osten nur geringe Schwierigkeiten bietet, sind die Schwierigkeiten für den Nord-Südverkehr um so größer. Der Strom mit seinen Armen bietet noch nicht so große Hindernisse, als die vorhandenen Bauten, etwa die Universität und das Schloss, die niemals zu entfernen sind. In späteren Jahrzehnten wird ohne eine Untergrundbahn in dieser Richtung garricht auszukommen sein. Die Industrie wird sich künftig im Westen weniger stark ansiedeln, als am neuen Großschiffahrtsweg e. g. Nach den großen Lebensfragen der Stadt muß sich dann auch die Siedelungs- und Eingemeindungspolitik richten. Planloses Siedeln würde ein Chaos entstehen lassen, und schon bei den bisherigen Siedelungen hat sich der Mangel eines weitgehenden Stadtbauplanes über bemerkbar gemacht. Bauverbote müssen verhindern, daß künftigen großen Verkehrsadern der Weg verlegt wird. Ebenso müssen Bauverbote im Innern ganze Stadtviertel abbruchreif werden lassen, sobald sich große Durchbrüche ohne allzuhohe Kosten herstelligen lassen. Die Straßenbahn darf künftig nicht mehr in so unglaublichem Stau durch die Stadt fahren, sondern die neu anzulegenden Straßen müssen mit den Verkehrsinteressen der Straßenbahn in Uebereinstimmung gebracht werden. Ueber all diese Dinge unterrichtet die Ausstellung, deshalb geht und leht, wie Breslau in dreißig Jahren aussehen soll!

Zur Menderung in der Quäckerpeisung.

Der Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss hat von der Schulverwaltung folgendes Rundschreiben erhalten:

„Bei der Auswahl der Kinder für die Quäckerpeisung sollen infolge der eingetretener Veränderung der gesamten Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse künftig nicht nur die gesundheitlichen, sondern auch die sozialen Verhältnisse berücksichtigt werden.“

Die aus ihrer Organisation für die Speisung in Betracht kommenden Kleinkinder und Schulkinder, zusammen 950, bitten wir, uns bis 22. April namhaft zu machen.

Aufnahmeformular: Aus welchen Gründen ist Speisung notwendig? gesundheitlich? sozial? 1. nicht speisebedürftig, 2. Zusatzpeisung erwünscht, 3. Kinder, für die Speisung unbedingt erforderlich ist.

Wir bitten Eltern, deren Kinder im Sinne des obigen Formulars speisungsbedürftig sind, diese bei uns anmelden zu wollen, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, am kommenden Mittwoch, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 3-6 Uhr. Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuss.

Brüder der Jungamarter.

Der verheerende mordende Krieg, der fast fünf Jahre ganz Europa wirtschaftlich und moralisch gemüht, hat auch bei unserer Jugend sichtbare Spuren zurückgelassen. Untereinander mit ihren Folgen, mangelnde Aufsicht, führten dazu, daß die jungen Seelen vergiftet wurden mit dem Egoismus und Vandalismus der Jetztzeit. Ausschweifender Lebenswandel bei den älteren Generationen brachten weitere Schäden einer geordneten und gesunden Fortentwicklung.

Wir brauchen aber als Nachwuchs eine Jugend, die weiß, was sie will, die das Erb ihrer Väter antreten soll, forträgt und ausbaut zum Wohle der arbeitenden Schichten. Dazu gehört zunächst ein gesunder Geist, der nur in einem gesunden Körper entwickelt werden kann. Es gehört dazu die Erkenntnis, daß der andere Mensch genau so ein kompliziertes Kunstwerk ist, wie ich selbst, daß ich ihn aus diesem Grunde genau so vor Gefahren zu schützen habe, wie ich das mit mir mache, daß ich ihn genau so lieben muß, wie mich selbst; daß es, um Idealismus zu pflegen und zu fördern, Friede und Freundschaft zu halten, nicht ein Nebeneinander, sondern ein Miteinanderleben sein muß.

„Liebe deinen Nächsten als dich selbst, tust wohl denen, die euch hassen.“ Das sind Bibelworte, die so oft von der Kanzel gepredigt werden. Unsere Jugend, unsere jungen Klassenkämpfer, sie sollen diese Worte in die Tat umsetzen.

Alle diese Umstände haben die Arbeiter-Samariter veranlaßt, die Jugend an sich zu ziehen, sie auszustatten mit dem Bewußtsein der Nächstenliebe, der Christenpflicht, sie anzulernen, wie erhalte ich meinen Körper, meine Arbeitskraft gesund, wie hebe und pflege ich den Sozialismus, zum Wohle meiner selbst, zum Wohle der Allgemeinheit.

Nein war der Anfang, mancher Jungbursche, manches Mädchen ist fortgeblieben, aber der Stamm ist geblieben, der Grundstein ist gelegt, auf dem wir erstarkt fortbauen wollen. Wie weit der Erfolg geschrieben ist, zeigt die Abschlußprüfung des ersten Jahrganges der Jungamarter, welche am vergangenen Sonntag im Wesen zahlreicher Gäste und dem Vertreter des Gewerkschaftsratele stattfand. Alle Anwesenden hatten eine Freude, mit welchem Eifer die Unterrichtszeit ausgenutzt wurde, um tüchtig zu lernen, damit die Prüfung bestanden wurde. Die gestellten Fragen wurden glatt beantwortet. Noch besser zeigte sich die Handfertigkeit im Anlegen der verschiedenen Verbände.

Besonderer Dank gebührt Herrn Dr. Doewy, der es in freundlicher aufopfernder Weise übernommen hatte, die Aus- und Durchbildung der Jugend vorzunehmen. Auch allen anderen, die es uns ermöglichten, die Jugendbursche abzuhalten, sei hier unser Dank ausgesprochen.

Ein paar frühliche Stunden bestellten wir die Jugend mit ihren Angehörigen zusammen, um nach frühlicher Art und Weise ein paar Stunden dem grauen Alltag entrissen zu werden, und uns an den Darbietungen der Jugend zu erfreuen. W.

Gaukonferenz des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes (Gau Schlesien).

Anstatt in Ohlau tagte die diesjährige Gaukonferenz aus Sparmaßregelnheraus am 9. April im Gewerkschaftshaus in Breslau. Der Konferenz ging eine Vorberatung des Gauvorsandes mit den Bezirksleitern und einigen Delegierten am Sonntag voraus.

Vor Eröffnung der Konferenz begrüßte und erkrankte der Breslauer Männergesangsverein „Eberhart“ die ca. 115 Delegierten, darunter 11 Sangeschwestern, mit den gut vorgetragenen Liedern „König den Tag“ und „Liebeslust“. Reicher Beifall wurde den trefflichen Sängern gezollt.

Nach den Begrüßungsansprüchen der Sangesbrüder Seeliger und Lozar erstatteten diese den Geschäftsbericht für 1920 und 1921. Trotz Abtrennung des Bezirks Kattowitz (wurde selbständiger Gau) befinden im Gau elf Bezirke. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1921 waren 198 Vereine im Gau zu verzeichnen. Davon waren 109 Männerchöre, 61 gemischte Chöre und 28 Frauenchöre. Die Vereine zählten insgesamt 8905 aktive und 3805 passive Mitglieder. Das Geschäftsjahr 1920 wies insgesamt 6742 Mitglieder auf, mithin ist 1921 ein Zuwachs von 5368 Mitgliedern zu verzeichnen.

In den beiden Geschäftsjahren fand ein Bundes- und ein Gaugang, sowie eine Bezirksleiterkonferenz statt. Außerdem tagten mehrere Bezirkskonferenzen. In Breslau fand das Gau-, in Strehlau das Bezirkskongress statt. Der Gaukassierer Grunow erstattete den Kassierenbericht.

Eine lebhaft ausgeführte Besprechung folgte dem Bericht. Eine entsprechende Resolution, worin die Nichtbeachtung der Sängerbewegung durch die Arbeiterpresse kritisiert wird, fand einstimmige Annahme.

Beschlossen wurde der Beitritt zur Tonsekerergesellschaft. An das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde eine Resolution gesandt, worin für die Volksschüler eine bessere musikalische Erziehung verlangt wird.

Lozar gab über verschiedene technische Einrichtungen (Steuerwesen usw.) Auskunft. Beschwerden von Bria, Trebnitz und anderen Orten wurden laut über das despotische Verhalten einiger „Seelherger“ bei Beeridigungen. Entschuldigend und Ausdauer unserer auswärtigen Vereine wird auch diese Willkür zu brechen wissen.

Als Gaubirigent wurde der bisherige Bezirksbirigent, Herr Bälkel gewählt. Des bisherigen Gaubirigenten, Herrn Bogel, der wegen vorgerückten Alters zurücktrat, wurde ehrend gedacht, da er in der Sturm- und Drangperiode der Arbeiterbewegung ein treuer Begleiter und Wegweiser war. Zugunsten des Herrn Bogel wurde eine entsprechende Maßnahme getroffen. Der bisherige Gauvorsitzende Lozar, Grunow und Mittag, wurde wiedergewählt. Die Besitzer bestimmt Breslau in seiner demnächstigen Generalversammlung.

Breslau wurde als nächster Gaugaugungsort bestimmt. Später, bei besserer Waha, wird ein anderer Ort berüchtigt. Da der Gau sich räumlich immer mehr ausdehnt, wurden zwei weitere Bezirke gebildet und zwar Neurode und Honerswerda.

In anfeuernden Worten ersuchte Lozar die Delegierten, fernerhin für die Sängerbewegung zu wirken; der Arbeiterbewegung zu Ruck, den Unverständigen, Fälschungen und Reaktionen zum Trotz!

Mit dem wuchtig vorgetragenen Kampflied „Empor zum Licht“ wurde die Konferenz geschlossen.

Preisauszeichnungspflicht!

Der Breslauer Polizeipräsident macht folgendes bekannt: Trotz eingehender Warnung der Geschäftswelt durch die Tageszeitungen und trotz aller bisher gelassenen Nachsicht hat sich bei den politischen Revisionen herausgestellt, daß sehr viele Geschäfte, insbesondere Fleisch-, Wurst- sowie Vorkostgeschäfte, sich annehmend geistlich der Preisauszeichnungspflicht entweder ganz entziehen oder aber die Preistafeln so verfertigt anbringen, daß der Verbraucher häufig die Preise nicht lesen kann. Auch werden die auf den Tafeln angekündigten Preise vielfach überschritten. Gerade bei dem jetzigen Mangel an Futtermitteln aller Preise besteht aber ein dringendes Bedürfnis zur Bekanntgabe dieser Preise an das laufende Publikum.

Ich warne deshalb die Geschäftswelt hiermit nochmals dringend vor derartigen Vergehen und weise darauf hin, daß bei weiterer Nichtachtung der Vorschriften gegen solche unzuverlässige Geschäftsleute außer der Strafverfolgung unmeigerlich ohne nachmalige Einzelwarnung mit Handelsunterbrechung und Geschäfts-schließung vorgegangen werden wird.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Musik und Sport.

Unsere Freunde bitten wir, recht großes Gewicht auf gründliche und ausführliche Ausfüllung der Rückseite des Programms zu dem morgigen Experimentalvortrag von Gehmeitrat Ummere zu legen. Es ist uns sehr wichtig, vor unserer Besuchern Kritik über unsere Bildungsveranstaltungen vom Winter 1921/22 zu erhalten.

Auf die Bedeutung des Vortrages für alle Musikfreunde braucht wohl nicht mehr besonders hingewiesen werden.

Schick die Kinder am Mittwoch zum Spielen!

Am Mittwoch nachmittag wollen wir — als Fortsetzung unserer Kinderveranstaltungen — zum ersten Male mit den Kindern im Freien spielen und tanzen. Wir erwarten die Kinder: vom Ohlauertor um 5 1/2 Uhr auf dem Spielplatz hinter der Dener Schule.

von Scheitnig um 5 1/2 Uhr Anfang der Tiergartenstraße (Strausenbad) um nach der „Blüh-Wiese“ zu gehen, vom Oberdor um 5 1/2 Uhr auf dem Matthiasplatz (Spielen auf dem Hofplatz), vom Westend um 5 1/2 Uhr im Westpark (Spielen: Jahnmiese), von Gräßlicher um 5 1/2 Uhr auf dem Eichenplatz (Ende der Operauerstraße), vom Strehlenor um 5 1/2 Uhr Ede Goethe- und Gottschallstraße (Spielen auf dem Platz an der Rothkirchenerstraße), von der Inacker Stadt um 5 1/2 Uhr auf dem Feldkirchhof.

Vom Arbeiter-Technikum.

Die Klasse Va hat statt am 20., am Freitag, den 21., Unterricht. Der Unterricht der Klasse IVa beginnt wieder am Donnerstag, den 20. d. Mts.

* Die streikenden Freizeiter geben im heutigen Angeleitell die freigegebenen und noch hohlotierten Geschäfte bekannt.

* Ringkämpfe im Zeltgarten. Heute Dienstag find 3 Kämpfe vorgelesen. Es ringen Kalt-Breslau gegen Kask-Schwednis, Grünwald-Mheinland gegen Gerigloff. In der Eulstidigung treten sich zwei ganz heroorragende Ringer. Fischer-Steiermarl gegen Weltmeister Jaan Jaago.

* Brotverjorgung der Binnen-schiffer. Zur besonderen Verjorgung der Binnen-schiffer mit Brot finden die bisherigen Reichs-reisbrotmarken, jedoch mit dem amtlichen Stempelaufrud „Schifferbrotmarkte“, weiter Verwendung. Die für die Brotverjorgung der Schiffer erlassenen Bestimmungen bleiben unverändert aufrecht erhalten. Soweit Binnen-schiffer zu ihrer Brotverjorgung über den 30. April d. Js. hinaus mit Reichsreisbrotmarken ohne den Aufdrud „Schifferbrotmarkte“ versehen sind, ist ein Umtausch gegen Marken mit Aufdrud zugelassen und erforderlich.

* Die 5. Allgemeine Ausstellung von Kaffshunden aller Länder in Breslau am 29. und 30. April verjpricht eine der größten kynologischen Veranstaltungen des Ostens zu werden. Die Meldungen der auszustellenden Hunde gehen täglich zahlreich ein. Auch viele sehr wertvolle Ehrenpreise von Sportfreunden, sowie von den einzelnen Spezial-Vereinen, sind bereits eingeliefert worden. Wer seinen Hund (auch ohne Stammbaum) noch rechtzeitig zur Ausstellung anmelden will, der tue dieses noch vor dem 22. April, später gemeldete Hunde sind zur Ausstellung nicht mehr zugelassen. Geschäftsstelle: Breslau X, Schleiermacherstraße 38 L.

* Die dritte Sessia an der Bander-Oberrealschule, deren Eröffnung von der Stadinerordneten-Versammlung gewünscht worden war, ist nunmehr, nachdem der Magistrat seine Zustimmung hierzu erteilt, erteilt worden.

Filmchau.

Ma-Theater. Schon seit Karfreitag sieht man hier Tolstots berühmtes Werk „Die Kreutzerjonaie“ im Film. Man kann nicht sagen, daß die fürchtbare Schmach und das Grauen des Romans voll in den Film übergegangen ist, daß er die gräßliche Tragik des Buches voll erschöpfte. Aber doch lebt Ruhland in diesem Film, landschaftlich und in den Menschen. Wundervoll die abendliche Wagenfahrt über die vereiste Straße. Der menschliche Atem weht und man glaubt, die nadien Bäume im Frost flirren zu hören. Die Darstellung von Friedrich Jelski, Erich Kaiser-Tih, Grifa-Glöhner, ausgezeichnet. Ergreifend die Riffe, liebevolle Marg. Schlegel. Das Manuskript ist von Fanny Karlsen geköhnt und wirkungsvoll aufgebaut. Nebenbei ein Filmchwanz: „Sie hat wieder Luft“ und gute Bilder von Mithelbe.

Laut Ankündigung sollte im „L.“ am Karfreitag die erste Filmvorführung um 4 1/2 Uhr nachmittags stattfinden. Leider

wurden die Besucher, die um diese Zeit erschienen, enttäuscht und mühten erfahren, daß die Vorstellungen erst um 8 Uhr beginnen würden. Auf die Frage, warum man dies nicht rechtzeitig bekanntgegeben habe, erhielt man zur Antwort, daß dies, um Zeitverlust zu vermeiden, nicht geschehen sei; das Publikum könne sonst leicht annehmen, daß die Vorstellungen Sonntags immer erst um 8 Uhr beginnen. Dann gab es eine zweite Enttäuschung. Bei Beginn der Vorstellung prangte auf der Leinwand die Ankündigung, daß die mit viel Klänge angekündigte „Zauberpuppe“ am Karfreitag nicht vorgeführt werden dürfe. Wohl ein Reklametrug, oder sollte das Verbot der Direktion wirklich erst in letzter Minute bekannt geworden sein? An Stelle der Zauberpuppe wurde ein Wild-West-Film gegeben, „Der Raub der Kasse vom Deserter“, in dem zu beweisen versucht wird, daß es im Leben doch Momente gibt, — Notwehr, — wo die Tötung eines Mitmenschen eine Notwendigkeit ist.

Das Schauspiel „Schatten der Vergangenheit“ ist ein guter Durchschnittsfilm. Aber man ist gewöhnt, im T. T. Besseres zu sehen. Die Musikbegleitung ist sehr gut.

Das Lichtspielhaus bringt die Fortsetzung des Kolossalfilms „Die Frau mit den zehn Mästen“, der Wanda Treumann Gelegenheit gibt, eine glänzende Rolle als Matrosen-Olga zu spielen.

Liebhabern von Detektivfilmen bietet der „Sankt-Pion“ eine gute Kost.

Generalversammlung der Vereine Breslau (Land)-Neumarkt.

In eindrucksvoller Rede sprach am Karfreitag im Gewerkschaftshaus in Breslau Genosse Reichstagsabgeordneter Feldmann von Langenbielau über die politische Lage.

Die augenblickliche politische Lage, so führte er aus, habe im Zeichen der Verhandlungen von Genoa, allzu große Hoffnungen dürfe man allerdings nicht in die Verhandlungen setzen. England habe eingeschoben, daß Deutschland, Deutsch-Österreich und Rußland fränke Staaten seien, die schon im Interesse der anderen Staaten einen wirtschaftlichen Heilungsprozess durchmachen müssen. Während Deutschland und Deutsch-Österreich unter den Reparationslasten fast zusammenbrechen, sterben in Rußland, das nicht unter dieser Last leidet, Hunderttausende an Hunger. So ist die außenpolitische Lage, solange sie nicht im Zeichen der Versöhnung der Völker steht, alles andere als erfreulich.

Dann kam Genosse Feldmann auf den Achtstundentag zu sprechen, an dem unter allen Umständen festgehalten werden muß. Bedauerlich sei, daß es einige Außensteiter gebe, die da glauben, mit einem mehrstündigen Arbeitstage zu erhöhter Produktion zu kommen. Das ist ein Trugschluß, mit dem die Industrie haufenweise geht. Sie glaubt, daß durch den Achtstundentag weniger geleistet werde. Bekannt ist aber, daß unsere deutsche Industrie

gegenüber allen Industrien konkurrenzfähig ist. Das kommt aber daher, daß sie heute noch wahre Hungerlöhne zahlt und dadurch so billig herstellt, daß sie die auswärtige Industrie unterbieten kann. So habe, um nur eine Industrie herauszugreifen, die Textilindustrie hohe Konjunktur. Hier ermüde Genosse Feldmann Erinnerungen an den Weberaufstand im Jahre 1844 im Silesengebirge. Unter der Ausbeutung durch ihre Brotherrn hatten damals die Weber unmenslich zu leiden. Das Brot, was sie damals essen mußten, soll dem ungenießbaren Brot ähnlich gewesen sein, was heute in den russischen Hungergebieten von der Bevölkerung gegessen wird. Der Arbeiter sei aber kein Ausbeutungsobjekt. Er kann verlangen, daß mit dem steigenden Ertrag der Arbeit auch der Lohn steige.

Der Vorwurf, so führte der Redner weiter aus, daß unsere Genossen nicht aus der Regierung austräten, der heut noch von manchem erhoben wird, sei ungerichtet. Er erinnerte, wie verhängnisvoll uns das schon einmal geworden ist. Als unsere Genossen einmal aus der Regierung austräten, hätten die Bürgerlichen die Gelegenheit benutzt die Brücke zur Zwangsgewalt abzubauen. Damit haben die Bürgerlichen das Elend der heutigen Preise begründet. Weber die Grundursache alles Elends, den Krieg, gehen die eigentlich Schuldigen, die Kriegsheer, zur Tagesordnung über. Deutsche Volksparteiler seien von dem Faktor internationaler, der Deutschland wieder retten werde. Aber wir, die wir auch Holz darauf sind, Deutsche zu sein, wollen den Auftrieb unseres Landes im Frieden und durch Arbeit erreichen. Unserem Aufstieg steht aber ein großer Feind im eigenen Lande gegenüber: der Ruher. Die Habgier gewisser Kreise geht über die Leiden der eigenen Volksgenossen. Wir haben ein Recht, die Staatsanwaltschaft anzuklagen, die es nicht wagen, gegen Ruherer vorzugehen. Der Ruher mit Getreide z. B. ist so unerhört, daß er dem Diebstahl fast gleichkommt. Dagegen unternimmt kein Staatsanwalt etwas. Wenn die Not so weitergeht und die Lebensmittelpreise weiter so ins Ungeheure anwachsen, dann werden eines Tages die Leute aufs Land gehen und sich ihre Nahrung holen. Schuld an diesen verwerflichen Zuständen sind dieselben Menschen, die uns in den Krieg gehetzt haben. Dieser Gedanke muß in der Arbeiterklasse immer lebendig bleiben.

Wenn damals unsere Genossen in der Regierung geblieben wären, hätte manches anders sein können. Heute, wo sie nicht die Mehrheit haben, steht ihr doch noch so viel Einfluß zu, wenigstens manches zu verhindern und durchzuführen. Ohne unsere sozialdemokratischen Minister, das mögen sich besonders die ganz Linken gesagt sein lassen, läßen viele ihrer Anhänger, die am mittelständischen Rufsch beteiligt waren, ihre Strafen voll und ganz ab. Der Staat ist das, was wir aus ihm machen. In dieses Wort sollten die Massen des Volkes denken, die daran schuld sind, daß wir nicht alles so durchführen können, wie wir möchten. Sie haben ihren Beitrag bei der Wahl der Stimme gegeben und erwarten jetzt für ihre Torgelt. Durch den Steuerkompromiß, der uns so sehr verübelt wird, haben wir trotzdem fruchtbringende Arbeit fürs Volk geleistet und 12-13 Milliarden indirekte Steuern verhindern können. Sagen wir also nicht in der Re-

gierung, so wären alle indirekten Steuern glatt durchgegangen. So haben unsere Genossen dadurch, daß sie praktische Arbeit leisteten, zwar nicht alles nach ihrem Willen durchsetzen, aber wenigstens Schlimmeres verhüten können. Die Forderungen der Volksmasse, der Armen und Bedrückten, voll und ganz durchzusetzen wird unseren Genossen in der Regierung erst möglich sein, wenn sich die durch die Versprechungen der Volksfeinde zerstreuten wieder auf den Sozialismus besinnen, der alle in ähnlichen ist, uns aus dem Elend, in das wir immer tiefer hineinsinken, zu retten.

Die Generalversammlung nahm die Rede mit starkem Beifall auf.

Ottavien, 25 Jahre „Volkswacht“-Leser. Der Arbeiter Paul Becker liest in alter Jugend seit 25 Jahren unsere Zeitung. Mögen viele sich an ihm ein Vorbild nehmen.

Aus der Provinz Schlesien. Das Urteil im Schweidnitzer Kommunisten-Prozess.

Nach vierstündiger Dauer der Schwurgerichtsverhandlung über die Sprengung der Eisenbahnbrücke zwischen Schweidnitz und Königswitz bei Station Bunselwitz am 2. Osterfeiertag 1921 wurde gestern nachts 11 1/2 Uhr das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: Gaude und Kaufmann als Urheber des Attentats zu 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Riesel und Wolny als Mitwirkende bei der Sprengung zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Weiter wurden verurteilt die Angeklagten Paul zu 5 Jahren Zuchthaus, der russische Biologiegenosse Alexander zu 5 Jahren Zuchthaus, Gulka Otto und Hoffmann zu 6 Monaten Gefängnis, die beiden russischen Zeitungsgefangenen Reinhold und David Koff wurden freigesprochen. Im Verfolg des Prozesses werden noch mehrere Meineidsprozesse gegen drei Angeklagte anhängig gemacht werden.

Das Geheimnis jung zu bleiben!
- Übernatürlich -
Dasinfection - Haus- u. Kolonial-waren.

Aufruf der streitenden Friseurgehilfen!

Wir bitten alle Arbeiter, Beamten, Angestellten, sich nur in folgenden Betrieben, die geregelt sind, bedienen zu lassen:

B. Hellmann, Bärensstraße 15,
M. Griesch, Frankfurter Straße 172,
W. Töpfer, Westendstraße 50,
W. Kunert, Sonnensstraße 7.

F. Hoffmann, Sonnensstraße 30,
O. Scheike, Holteistraße,
W. König, Gräbichener Straße 84,
Rohowski, Gräbichener Straße 91.

Tillgner, Gabigstraße 12,
Hartmann, Neudorfstraße,
Schirmer, Viktoriastraße 72,
Frehowsky, Hubenstraße.

Igel, Claassenstraße 9, Seitenhaus pt.
Gewerkschaftshaus,
Baumgarten, Ottostraße 8,
Neugebauer, Mattiasstraße 138.

In allen diesen Geschäften sind genügend gute Arbeitskräfte vorhanden.

Warnung vor Streifbrechern!

In folgenden Betrieben arbeiten Streifbrecher, und bitten wir Alle derartige Betriebe zu meiden:

Hentschel, Andersenstraße 2,
Steller, Andersenstraße 5,
Wagner, Gräbichener Straße 67,
Beyer, Gräbichener Straße 23.

Hoffmann, Hohenzollernstraße 8,
Beyer, Gabigstraße 1,
Brettmann, Gabigstraße 103,
Dresler, Meisstraße.

Mokros, Klosterstraße,
Alder, Bückerstraße 20,
Weber, Köpplah 14,
Tannhäuser, Rosenthaler Straße 49.

Lachmann, Weissenburger Straße 10,
Kunisch, Breitestraße.

Weitere folgen!

Arbeiter, Beamte, Angestellte, übt Solidarität und laßt euch nur in den Betrieben, die geregelt sind, bedienen.

Die Streitleitung. J. A.: Paul Podolski.

Familiennachrichten

Am 16. April verstarb plötzlich und unerwartet an Herzschlag der Maschinenmeister **Hermann Jäkel** im Alter von 61 Jahren. Seine Anreden werden in Ehren halten. **Sämtliche Arbeiter der Firma Gebrüder Bauer.** Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichhalle des Gräbichener Kommunalkirchhofes.

Gipsflüssbleim!?

Spezial-Dr. Baummanns Heilmittel. Sprechstunden: tgl. 9-11, 3-4, Sonntag 10-12. Mittwochs keine Sprechstunde. Gräbichenerstraße 41.

Schutz für Fremdarbeiter und Gewerkschaften. Sprechstunden: 11-12, 3-5, Sonntag 11-12 Uhr. Dr. Leo Mürz, Gräbichenerstraße 41, im Nebengebäude. 1. Etage. Sprechstunde: 34 besuche mich an Kassenstraße.

Ich habe mich als Rechtsanwalt am **Amts- und Landgericht in Breslau** niedergelassen.

Mein Büro befindet sich **Kaiser-Wilhelm-Straße 40** Fernruf Ohle 603. **Dr. Martin Gotthilf.**

ED. BERNSTEIN

Der **Sozialismus** einst und jetzt

haben erschienen

PREIS 20 MARK

Verlag „Volkswacht“

Breslau III

Hans Gröppelstraße Nr. 3.

Parteitrende

kaufen an Bahnhöfen, verlagert in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Arbeitsmarkt

Chauffeur

Wir Personwagen per sofort gesucht. Angeb. unter H. 308 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Hiegelelen

Ringofenbrenner

1. Kraft für beide a. Spdt. sucht Stellung. Offerten unter H. 306 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Mädchen

zu Küchen kann sich melden bei Siebel, Kassenstr. 30 II, z.

Hausbereinigung

Geschäftsstelle: 122 an geeigneter Stelle ohne Wohnungszugehörigkeit 1. St. zu vergeben. Angebote unter H. 309 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Deutscher Holzarbeiterverband

Berwaltungsstelle Breslau Büro: Margaretenstraße 17. Telefon Ohle 118. **Donnerstag, 20. April, abds. 7 Uhr, im Kronprinzen, Westendstraße 52:**

Ordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsverband.
3. Entlassungsgesuche zu Revisionen in hiesiger Gegenwart.
4. Die Bewegung in der Metallindustrie.
5. Beschlüsse.
Der Vorsitz der Tagesordnung entspricht dem in dem Beschl. der Verwaltung.
Mitgliederkartei durch Kassenbericht.
Anmeldung: Gabel, Meyer, Kassenstr. 1261

Sozialdemokratie u. Kirchentum

Preis 45 Pfg. — anstandslos 10 Pfg. Porto
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes, sowie von hiesigen Buchhandlungen entgegengenommen.

Mehrere erstklassige **Schneidermeister** auf Tarife Ia, I, II, III für dauernde Beschäftigung **sofort gesucht.** **Franz Bilek** Friedrich-Wilhelm-Straße 105.

Wir suchen einen **Abnehmer** für selbständige Stellung bei hohem Gehalt. Es kommen nur Herren in Betracht, welche eine erfolgreiche Tätigkeit in ersten Häusern nachweisen können. Ferner werden gesucht **Schneider** auf Sakos, Schlüpfer, Gebrücker, Tarif Ia, für ständige Beschäftigung während des ganzen Jahres. **A. Karfunkelstein & Comp.** Ostauer Straße 24/25.